

Studie

Gefördert von Wien Kultur, 2014

Die Teilhabe von Frauen und Männern am Geschlechterdiskurs und an der Neugestaltung der Geschlechterrollen

Entstehung und Einfluss von Feminismus und Maskulismus

**Johannes Meiners
Christine Bauer-Jelinek**

Inhalt

Vorwort von Hermann Knoflacher	3
Einleitung	6
A. Entwicklung und Einfluss des Feminismus	9
1. Definitionen und Abgrenzungen	9
<i>Frauenbewegung</i>	
<i>Frauenemanzipation</i>	
<i>Feminismus</i>	
2. Strömungen des Feminismus	12
<i>Differenz- oder Kulturfeminismus</i>	
<i>Esoterisch/spiritueller Feminismus</i>	
<i>Egalitätsfeminismus (Gleichheitsfeminismus)</i>	
<i>Marxistischer Feminismus</i>	
3. Entstehung des Feminismus	17
<i>Die Wegbereiterinnen des Feminismus</i>	
<i>Der bürgerliche Zweig der Frauenbewegung</i>	
<i>Der proletarische Zweig der Frauenbewegung</i>	
<i>Die erste Welle der Frauenbewegung</i>	
<i>Stillstand der Frauenbewegung</i>	
<i>Die zweite Welle der Frauenbewegung</i>	
<i>Die dritte Welle der Frauenbewegung</i>	
<i>Ziele der heutigen Frauenpolitik</i>	
<i>Neuer Feminismus</i>	
4. Weitere Gruppierungen und Phänomene des aktuellen Feminismus	33
<i>Riot Girls</i>	
<i>Pussy Riot</i>	
<i>Femen</i>	
<i>#aufschrei</i>	
<i>Equity Feminism versus Gender Feminism</i>	
<i>Post Feminismus</i>	
<i>Queerbewegung</i>	
<i>Transgender/Cisgender</i>	
<i>Geschlechterdemokratie</i>	
<i>Geschlechtermedizin</i>	
<i>Gendermainstreaming</i>	
<i>Diversity Management</i>	
<i>Political Correctness</i>	
<i>Staatsfeminismus</i>	
<i>Elitefeminismus</i>	
<i>Allmachtsfeminismus</i>	
<i>Radikalfeminismus</i>	
<i>Verdammungsfeminismus</i>	
<i>Begriffe, die in den sozialen Medien verwendet werden</i>	
5. Kuriose Auswirkungen der Gleichstellungspolitik	48
6. Weiblicher Antifeminismus	53

7. Weniger bekannte Aspekte der Frauenbewegung	57
<i>Es waren auch nicht alle Männer wahlberechtigt</i>	
<i>Wenige Opfer im Kampf der Frauenbewegung</i>	
<i>Frauen sind weniger friedlich als angenommen</i>	
<i>Frauen zwischen Herd und Hochofen</i>	
8. Resümee	66
B. Entwicklung und Einfluss des Maskulismus	68
1. Definitionen und Abgrenzungen	71
<i>Männerrechtsbewegung</i>	
<i>Männerbewegung</i>	
<i>Maskulismus</i>	
<i>Trennungsväter</i>	
<i>Antifeminismus</i>	
2. Entstehung des Maskulismus	76
<i>Erste Antifeministen - Wegbereiter des Maskulismus</i>	
<i>Stillstand der Männerrechtsbewegung</i>	
<i>Die Männerbewegung seit den 1970er Jahren</i>	
<i>Neuer Mann, Wilder Mann, Emanzipierter Mann</i>	
<i>Die feminismuskritische Männerrechtsbewegung - Maskulismus</i>	
3. Motivation für maskulistisches Engagement	86
<i>Kämpfer für Gerechtigkeit</i>	
<i>Persönlich Betroffene</i>	
4. Maskulistische Strömungen und ihre Ziele	88
<i>Konservative Maskulisten</i>	
<i>Progressive Maskulisten</i>	
5. Kernthemen des Maskulismus	91
<i>Ungleichstellung bei geschlechtsspezifischer Forschung</i>	
<i>Ungleichstellung bei geschlechtsspezifischer Förderung</i>	
<i>Anerkennung männlicher Opferschaft</i>	
<i>Sexismus gegen Männer</i>	
<i>Vernachlässigung der Gesundheit</i>	
<i>Benachteiligung in der Bildung</i>	
<i>Benachteiligung im Berufsleben</i>	
<i>Benachteiligung beim Sorgerecht</i>	
<i>Benachteiligung beim Strafrecht</i>	
<i>Wahlmöglichkeit für männliche Lebensentwürfe</i>	
<i>Kampf gegen Genderismus</i>	
6. Kritik am Maskulismus	105
7. Resümee	108
C. Kommentar von Christine Bauer-Jelinek	110
D. Kommentar von Peter Kotauczek	124
Serviceteil	132
Literaturverzeichnis	147
Impressum	194

Einleitung

Diese Arbeit soll einen Überblick über den Einfluss bieten, den Frauen und Männer in Vergangenheit und Gegenwart auf die Entwicklung der Geschlechterrollen genommen haben bzw. den sie aktuell geltend machen. Die Anliegen der Frauen werden seit über hundert Jahren durch die Frauenrechtsbewegung bewusst gemacht und vertreten. Die Anliegen der Männer hingegen gelten aus der Sicht des Feminismus durch ihre Vormachtstellung im Patriarchat als hinlänglich vertreten. Wir hinterfragen, ob diese Annahme heute noch gültig ist, welche Relevanz und Akzeptanz der herrschende Gleichheitsfeminismus und die daraus folgende Gleichstellungspolitik haben, welche Strömungen sich auf Seiten des Feminismus sowie der seit der Jahrtausendwende aktiver werdenden Männerrechtsbewegung (Maskulismus) formieren und welche Ziele diese verfolgen.

Durch den Vergleich bestehender Untersuchungen sollen divergierende Ansätze und Diskrepanzen bei Studiendesigns und Theorieansätzen über die Beteiligung/Diskriminierung/Bevorzugung von Frauen und Männern aufgezeigt sowie gegenwärtig allgemein gültige „Glaubenssätze“ hinterfragt werden. Am Schluss liefern wir Einschätzungen bestehender sowie Anregungen für weitere politische Maßnahmen und Forschungsfragen.

Da sich die Einstellung einer Gesellschaft zu einem derart breitenwirksam relevanten Thema wie der Geschlechterfrage nicht nur in der Wissenschaft widerspiegelt, sondern auch an anderen Parametern abzulesen ist, wurden zusätzliche Quellen mit einbezogen. Dazu zählen populärwissenschaftliche Veröffentlichungen, Berichte in (Fach-)Magazinen und Tageszeitungen sowie Postings auf Blogs und in den Sozialen Medien.

Diese Studie hat den Anspruch, das Ausmaß der Selbstverwirklichung und der Durchsetzung von Interessen in den betrachteten einzelnen Lebensbereichen aus der Sicht *beider* Geschlechter zu analysieren. Wir bemühen uns um eine differenzierte Einschätzung und folgen nicht dem heute oft verwendeten Muster „Männer sitzen an den Hebeln der Macht – Frauen werden seit Jahrhunderten unterdrückt“. Dabei gehen wir von der Tatsache aus, dass zwar nach wie vor auch in unserem Kulturkreis wesentlich mehr Männer über öffentliche

Macht verfügen als Frauen, dass jedoch gleichzeitig wesentliche Problemlagen der Männer nur wenig Resonanz finden.

Diese Studie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie möchte vielmehr auf bisher wenig beachtete Aspekte der Geschlechterdiskussion hinweisen und Anregungen für weitere Untersuchungen liefern. Wo widersprüchliche Forschungsansätze und Ergebnisse existieren, werden die Positionen dargestellt und die unterschiedlichen Interpretationen referiert, ohne dass diese jeweils mit der Meinung der Autoren übereinstimmen müssen. Die Schlussfolgerungen und Vorschläge für weitere Fragestellungen im Anschluss an die einzelnen Kapitel und in den Kommentaren beruhen hingegen auf persönlichen Interpretationen und Einschätzungen.

Da wir seit langem gewohnt sind, gesellschaftliche Verhältnisse aus dem Blickwinkel der Benachteiligung von Frauen zu betrachten, mag es aufs Erste so wirken, als wäre die Einbeziehung von Männerthemen eine Gefahr für die Gleichberechtigung oder Gleichbehandlung der Frauen. Es liegt jedoch keineswegs in unserer Absicht, das eine oder andere Geschlecht als Täter oder Opfer zu beschreiben, zu stigmatisieren und so den bekannten, über Jahrzehnte aufgebauten Antagonismus noch weiter zu bedienen.

Ein Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, „Vermessungen“ für die „Landkarte der Benachteiligungen und Bevorzungen von Frauen *und* Männern“ vorzunehmen, um in weiterer Folge ein komplexes Bild von der Teilhabe der Geschlechter an der Macht zeichnen zu können. Wenn nämlich Männer nur Politik für Männer machten und Frauen Politik für Frauen, dann wären die Spaltung der Gesellschaft und Grabenkämpfe um Ressourcen unvermeidlich. Wir sind jedoch der Überzeugung, dass es eine gemeinsame Anstrengung *beider* Geschlechter braucht, um brauchbare Lösungen für die schwerwiegenden Probleme unserer Gesellschaft – beispielsweise Wirtschaftskrise, Demographie und Klimawandel – zu entwickeln und umzusetzen. Unsere Hoffnung ist daher, dass die Ergebnisse dieser Arbeit sowohl für den politischen als auch den zivilgesellschaftlichen Diskurs neue Impulse liefern werden. Sie können ebenso dem Individuum einen klareren Blick auf die Geschlechterfrage ermöglichen. Die ausführlichen Angaben zu Akteuren und Informationsquellen sowie der entsprechenden Literatur in der Anlage sollen Menschen, die auf diesem Gebiet arbeiten, als Handbuch dienen, in dem sie rasch entsprechendes Material zu ihren Fragestellungen finden.

8. Resümee Feminismus

Ob und wann der zurzeit hegemoniale Gleichheitsfeminismus sich wandeln wird, lässt sich noch nicht abschätzen. Es stellt sich auch die Frage, ob es überhaupt noch einen Feminismus zur Vertretung der Fraueninteressen und zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme braucht. Zu beobachten ist, dass sich auf der einen Seite VertreterInnen der Frauenbewegung radikalieren. Sie reaktivieren den Generalverdacht gegen „die“ Männer als Täter, sowie die Umdeutung des Patriarchats zu einem Unterdrückungssystem von Frauen und forcieren über die Political Correctness strenge Verhaltensregeln vor allem für Männer.

Auf der anderen Seite bemühen sich jüngere Frauen um eine Modernisierung des Feminismus. Allerdings entsprechen ihre Ziele und ihre Forderungen zumeist der geltenden Gleichstellungspolitik auf Basis irreführender Zahlen zur schlechteren Bezahlung (Gender Pay Gap) und der Quotierung von lukrativen Positionen. Oder es werden sexuelle Freizügigkeit und Konsumorientierung als neue Freiheit der Frauen verstanden (Popfeminismus).

Obwohl laufend Berichte im Sinne der *quantitativen* Gleichheit publiziert und in den Leitmedien veröffentlicht werden, scheinen die immer massiveren Forderungen der Gleichstellungspolitik nicht die von vielen ProtagonistInnen angenommene mehrheitliche Zustimmung zu erhalten. Viele Menschen, die nicht hauptsächlich mit diesem Thema befasst und/oder feministisch geprägt sind, empfinden die Geschlechterdiskussion als irritierend und lehnen diese oft auch als manipulativ ab. Angesichts der bestehenden Dominanz bestimmter feministischer Weltbilder entsteht für sie nicht der Eindruck, dass in konstruktiver Auseinandersetzung die bestmögliche Form der neuen Geschlechterrelation entwickelt wird. Vielmehr werden sie mit paradoxen Argumentationen konfrontiert: Von denselben Personen wird einmal die Gleichheit und ein anderes Mal die Verschiedenheit der Geschlechter als Begründung für Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen angeführt. Einmal können Frauen alles besser als Männer (Männer sind destruktiv, Frauen sind konstruktiv, das bessere Geschlecht), ein anderes Mal müssen sie besonders geschützt und gefördert werden (als Ausgleich für ihre Unterdrückung im Patriarchat). Zudem scheinen die meisten Menschen – bei allen individuellen Problemen mit dem anderen Geschlecht – einen „Klassenkampf“

zwischen Männern und Frauen abzulehnen und gemeinsame Lösungen sowie die freie Wahl der Lebensentwürfe vorzuziehen.

Selbstverständlich sollen die Lebenswelten und Anliegen der Frauen – genauso wie jene anderer Gruppen in der Gesellschaft, also von Männern, Jugendlichen, Senioren, MigrantInnen u.a. – laufend erforscht und verbessert werden. Allerdings würden Untersuchungen, die nicht schon in der Fragestellung die Ergebnisse (im Sinne der feministischen Paradigmen) vordefinieren, der (Frauen)Politik bessere Informationen über die (Lebens)Realität der Menschen sowie über die Zustimmung zu ihren Programmen geben.

7. Resümee Maskulismus

Bei der Beschäftigung mit organisierten Männerinteressen im Allgemeinen und dem Maskulismus im Besonderen, fällt zunächst auf, dass die Entwicklungen erst seit Ende der 1990er Jahre gesellschaftliche Relevanz erhalten haben. Diese fielen zeitlich mit der Radikalisierung des Feminismus und der Verschärfung der Wirtschaftslage zusammen. Trotz großen Engagements sind die VertreterInnen von einer Realisierung ihrer Forderungen weit entfernt. Die mediale Wahrnehmung von Männerthemen ist noch gering oder überwiegend negativ. Das kontrastiert mit den regen Online-Aktivitäten sowie der Heterogenität der Bewegung und der Differenziertheit der vorzufindenden Auffassungen: Es fließt eine Vielzahl feminismuskritischer Argumentationen in Veröffentlichungen, aus ersten Materialsammlungen wurden umfangreiche Datenbanken, Vereine gründeten sich (auch) im gesamten deutschsprachigen Raum (siehe Serviceteil) und zahlreiche Blogger richteten ihre Webpräsenzen ein.

Die in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten international entstandene Männerrechtsbewegung hat ihren Hauptkanal der Verbreitung eindeutig im Internet. Ohne die digitale Sphäre wäre eine so rasche Entwicklung der Gruppierungen und ihrer Aktivitäten unmöglich gewesen.

Der Maskulismus hat hohe gesellschaftspolitische Ansprüche und ist *keineswegs* mit dem Begriff Frauenfeindlichkeit zu synonymisieren. Feindschaft gegenüber dem anderen Geschlecht spielt bewegungsintern für die Arbeit der überwältigenden Mehrheit maskulistischer Aktivisten keine Rolle. Dies gilt, obwohl viele Männerrechtler angesichts persönlicher Erfahrungen enttäuscht oder verbittert sind.

Die meisten Männerrechtler stehen zwar in Gegnerschaft zum Feminismus als Ideologie, nicht jedoch zu *den* Frauen als Bevölkerungsgruppe. Weltanschaulich besteht bei den Männerrechtlern große Vielfalt: So engagieren sich VertreterInnen nahezu aller politischen Grundhaltungen von sozialistisch über linksliberal und bürgerlich bis hin zu dezidiert konservativ oder gar rechtsaußen.

Themen, Ziele und Forderungen, die im Sinne der Verbesserung der Lebenslagen von Männern bzw. Jungen erhoben werden, verbinden die Aktivisten über die vorhandenen Unterschiede hinweg: darunter mehr Beachtung der Männergesundheit, bessere Rahmenbedingungen für Jungen in der Bildung, Aufhebung der Geschlechtsblindheit im Strafrecht sowie Novellierungen des Familienrechts. Letzteres betrifft vor allem die Situation jener Elternteile (meist Väter), die wegen einer Trennung keinen Kontakt zu ihren Kindern haben.

Im Wesentlichen gilt das weltanschauungsübergreifende Interesse der Männerbewegten dem Einsatz für eine neue Perspektive auf das Geschlechterverhältnis, welche Männer ebenfalls mit Empathie bedenkt und ihre geschlechtsspezifischen Bedürfnisse in die Überlegungen einschließt. Aus Sicht der meisten Aktivisten bedarf es hierfür einer wesentlich stärkeren Fokussierung auf die Bedürfnisse deklassierter Menschen einer Gesellschaft (Obdachlose, Strafgefangene, Langzeitarbeitslose, Suchtkranke, Vereinsamte), die fast überall und in der Mehrzahl Männer sind. Dazu müsste die Erforschung männlicher Lebenslagen aus der Dominanz des feministischen Paradigmas und der arithmetischen Gleichstellungsorientierung gelöst sowie in größerem Ausmaß finanziert werden. Daraus resultierende Ergebnisse sollten zu eigenständigen Empfehlungen an die Politik genutzt werden, die alle Maßnahmen in unterschiedlichen Lebensbereichen nicht nur für Frauen evaluieren dürfte, sondern der ursprünglichen Intention des Konzepts von Gender Mainstreaming folgend für *beide* Geschlechter.

Zu den übergeordneten Zielen des Maskulismus gehört, den Patriarchatsbegriff aus seiner negativen Konnotation zu lösen und auf seine historische Bedeutung hin zu untersuchen. Ebenso soll der latente Männerhass überwunden und die (vermutlich mehrheitlich vorhandene) Ablehnung der Gleichstellungspolitik von breiten Schichten der Gesellschaft in die Wahrnehmung der Entscheidungsträger gebracht werden, um ein geschlechtergerechteres Bewusstsein zu schaffen.

Bewegungsintern wird heftig debattiert, auf welche Weise man effektiv Einfluss nehmen kann. Ein erster Schritt wäre, Geschlechterthemen auch aus männlicher Perspektive objektiver und unvoreingenommener diskutieren zu können, als dies zurzeit der Fall ist.

C. Kommentar von Christine Bauer-Jelinek

Dieser Kommentar soll in Ergänzung zu den Resümees der oberen Abschnitte zu Feminismus und Maskulismus die Ergebnisse der Studie für die Geschlechterpolitik beleuchten:

Obwohl die Frauenbewegung in den letzten hundert Jahren in der westlichen Welt ihre Forderungen nach *Gleichberechtigung* und *Chancengleichheit* durchgesetzt hat (Wahlrecht, Zugang zur Bildung, Recht auf Besitz und Erwerbstätigkeit, auf Selbstbestimmung, auf Scheidung, Schwangerschaftsunterbrechung, Familienentscheidungen etc.), gilt die Frau als grundsätzlich benachteiligt und der Mann – ebenso pauschal wie kollektivierend – als grundsätzlich privilegiert. Die heutige Frauenpolitik definiert sich nicht über ihre Erfolge, sondern besteht auf dem Opferstatus der Frauen, und diesen setzt sie seit einigen Jahren wieder verstärkt als Argument für ihre Forderungen ein. Sowohl von (gender)wissenschaftlicher als auch von medialer Seite werden gesellschaftliche Prozesse nahezu ausschließlich durch den Filter der Diskriminierung interpretiert. Darauf reagiert die Politik mit noch mehr gesetzlichen Regelungen, um eine *quantitative Gleichheit* (50:50) der Beteiligung der Geschlechter an allen Lebensbereichen zu erzielen. Diese *Gleichstellungspolitik* repräsentiert die heutige Vorstellung von Geschlechtergerechtigkeit (nicht „jedem das Seine“, sondern „allen das Gleiche“).

Diese Einstellung sowie die daraus folgenden Verhaltensweisen und Gesetze werden von (vermutlich) der Mehrzahl der Frauen und Männer als dogmatisch und realitätsfern wahrgenommen. Sie führen zu starken Irritationen und Behinderungen bei der Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe.

Frauen sind in der westlichen Welt in allen Belangen *rechtlich* gleichberechtigt und haben die gleichen *Chancen* wie Männer. Dass seit einigen Jahren der Eindruck entsteht, sie wären noch immer systematisch benachteiligt, liegt nicht an den Fakten – wie wir in unserer Studie über die Grundlagen der Geschlechter-Lohnlücke (vgl. Sardadvar 2015) zeigen konnten, sondern an einer unvermuteten Änderung der Ideologie: Mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Europäischen Union (EU) um die Jahrtausendwende (Euroeinführung, Maastricht-Kriterien, Staatsverschuldung, Liberalisierung und Radikalisierung der Finanzmärkte etc.) erfuhr auch die Geschlechterfrage eine neue Ausrichtung. Es fand ein

Bedeutungswandel von *Gleichberechtigung* in Richtung *quantitativer Gleichheit* (*Gleichstellung*) statt. Damit wurde der Begriff Gerechtigkeit neu konnotiert.

Die darauf folgenden politisch-rechtlichen Regelungen, die durch die Vorgaben *Gender Mainstreaming* und *Gender Budgeting* legitimiert wurden, führten jedoch nicht – wie ursprünglich von der Europäischen Union intendiert – zu einer ausgewogenen Beurteilung und Förderung der Lebenslagen von Frauen *und* Männern, sondern zu einer Vereinnahmung durch die Frauenpolitik. Die Konsequenzen waren laufend neue Forderungen zur Behebung von Benachteiligungen des weiblichen Geschlechts, wie die Schließung der Geschlechter-Lohnlücke, Quotenregelungen und Förderprogramme. Auch die *Kollektivschuld* „der Männer“ an der Unterdrückung „der Frauen“ erlebte eine Renaissance. Sie wurde mit den Herrschaftsformen des Patriarchats argumentiert, welche die Männer zu Nutznießern der „*patriarchalen Dividende*“ werden ließe und daher für Frauen eine „*positive Diskriminierung*“ im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit legitimiere.

Die allgemeine Akzeptanz des *Konstruktivismus* als Begründung der Geschlechteridentitäten (Gender = Sozialisation statt Sexus = Biologie) sowie der *quantitativen Gleichstellung* ermöglichte neue gesellschaftliche Normen zur Rollenerweiterung bzw. -umkehr: Frauen in die Vollzeitberufstätigkeit inklusive Karrierestreben; Männer in Väterkarenz mit Verzicht auf Überstunden und Bereitschaft zur Teilzeitarbeit; möglichst frühe Fremdbetreuung der Kinder und Versorgung von alten Menschen in Pflegeeinrichtungen. Hinzu kamen Verschärfungen der *Political Correctness* mit detaillierten Vorgaben, wie Männer mit Frauen umzugehen hätten (Stichworte: sexuelle Belästigung, rape culture) bis hin zu Regelungen für eine *geschlechtergerechte Sprache* (Binnen-I etc.). In den letzten Jahren verstärkt sich das Bestreben, das „*heteronormative Paradigma*“ der Geschlechter aufzulösen, also Mann und Frau nicht mehr als konstituierendes Prinzip des Menschseins anzuerkennen. Im *postfeministischen Dekonstruktivismus* (von den Kritikern als *Genderismus* bezeichnet) sollte das Geschlecht frei wählbar sein – unabhängig von Sozialisation und Biologie. Alle Formen der sexuellen Orientierung sollten in allen Belangen gleichgestellt und sichtbar gemacht werden (Ehe- und Adoptionsrecht für homosexuelle Paare etc).

Um diesen gesellschaftlichen Wandel in so kurzer Zeit zu erzielen, wurden immer mehr Fakten der Ideologie unterworfen: Die massiven Bestrebungen, Frauen und Männern nicht nur gleiche Rechte und Chancen zu einzuräumen, sondern sie vollkommen gleich zu stellen, bewirkten eine Marginalisierung von Schwangerschaft, Mutterschaft und Stillzeiten. Der Begriff *Dyade* (die enge und ausschließliche Verbindung von Mutter und Neugeborenem)

wird in der Psychologie nicht mehr erwähnt. Die wissenschaftliche These lautet heute: Die biologische Mutter sei nicht so wichtig, denn ein Kind könne von Anfang an von jedem Menschen gleichermaßen betreut werden. Menstruation und Menopause sind aus der Diskussion über biologische Unterschiede verschwunden – man erwartet, dass Frauen die damit verbundene Leistungsminderung in Eigenverantwortung mit Hilfe von Therapien, Medikamenten oder Operationen im Griff haben (Stichwort: *social freezing*). Propagiert unter dem Aspekt der Freiheit und finanziellen Selbstständigkeit für Frauen wurden beispielsweise die – von der Arbeiterbewegung hart erkämpften – Schutzzeiten für Frauen verkürzt, das Verbot der Nachtarbeit und schwerer körperlicher Arbeit wurde aufgehoben. Diese Regelungen werden heute als frauendiskriminierend betrachtet. Die Care-Arbeit in den Familien wurde abgewertet – rechtlich und ideologisch. Dies alles, um die Frauen dem Arbeitsmarkt möglichst dauerhaft (und günstig) zu Verfügung zu stellen.

In weiterer Folge entstand ein Paradoxon in der Frauen- und Familienpolitik: Einerseits haben die westlichen Länder unter dem Druck des demographischen Wandels (Alterung der Gesellschaft) ein vitales Interesse, die Geburtenrate zu steigern, andererseits werden Kinder zunehmend als Belastung und Karrierehindernis gesehen. Es wird in der wissenschaftlichen und medialen Kommunikation nur noch von *Betreuungspflichten* gesprochen, nicht jedoch von *Betreuungswünschen*. Dies führt zu einer auf niedrigem Niveau (1,3 Kinder/Frau) *stagnierenden Geburtenrate*. Der Wandel der Geschlechterrollen in Bezug zur Elternschaft setzt Frauen wie Männer unter Druck. Dies vor allem deshalb, weil der Trend zur *Rollenumkehr* (siehe oben) von vielen als gesellschaftlicher Zwang erlebt wird und daher eine Auseinandersetzung mit den eigenen Bedürfnissen sowie die Umsetzung von persönlichen Lebensentwürfen erschwert bis verunmöglicht.

Mit Äußerungen, die nicht dem Mainstream entsprechen, läuft man Gefahr, als reaktionär abgestempelt zu werden. Ein sachlicher und offener Diskurs über die faktischen Grenzen der Gleichheit und damit der völligen Gleichstellung von Mann und Frau (nicht der Gleichberechtigung!) sowie über Alternativen jenseits der Vollzeitberufstätigkeit (zur Absicherung von Personen, die Familienarbeit leisten) zeichnet sich zurzeit nicht ab.

Im Bereich der Erwerbsarbeit suggerieren die wiederkehrenden Berichte über die mehr als 20-prozentige *Geschlechter-Lohnlücke (Gender Pay Gap)*, dass Frauen für die *gleiche* Arbeit *weniger* gezahlt bekämen. Die *Quoten*-Diskussion für Aufsichtsräte erzeugt den Eindruck, dass Frauen nicht die gleichen Karriere-Chancen hätten wie Männer. Diese beiden Aspekte sind seit Jahrzehnten die Hauptstoßrichtung der Politik und werden durch den Einsatz der

Wissenschaft und der Medien auch von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als Realität wahrgenommen und als ungerecht empfunden. Daher finden Ankündigungen zu deren Beseitigung auch über parteipolitische, weltanschauliche und schichtspezifische Grenzen hinweg breite Zustimmung.

Wie in unserer Studie zur Einkommensverteilung und zur Geschlechter-Lohnlücke aufgezeigt, beruht dieses Gefühl der „Ungerechtigkeit“ nicht auf Fakten, sondern auf interessensgeleiteten Interpretationen, die den Eindruck erwecken, Frauen würden für die *gleiche* Arbeit um ein Viertel weniger Lohn erhalten als Männer. Frauen erhalten jedoch nicht für die *gleiche* Arbeit weniger Lohn, sondern für *andere* Arbeit. Folgende Sachlagen werden umgedeutet bzw. Studiensettings derart gestaltet, dass diese Aspekte nicht abgefragt werden, bzw. Ergebnisse nicht ausreichend kommuniziert werden:

- Der immer wieder publizierte Gender Pay Gap von 23 Prozent beschreibt die *unbereinigte* Differenz zwischen den Einkommen von Männern und Frauen. Unbereinigt bedeutet, dass die ausbezahlten Gehälter und Löhne durch die Anzahl der geleisteten Stunden – getrennt nach Frauen und Männern – dividiert werden. Daher sagt diese Zahl vor allem aus, dass Frauen weniger arbeiten. Der *bereinigte* Gender Pay Gap berücksichtigt unterschiedliche Faktoren wie Branchen, Zugehörigkeit und regionales Lohnniveau und fällt dadurch deutlich geringer aus (5 bis 8 Prozent), fällt im Öffentlichen Dienst unter die Deutungsschwelle bzw. kehrt sich in manchen Bereichen sogar zu Ungunsten der Männer um. Tatsächlich ist es nahezu unmöglich, in einem freien Markt alle Komponenten seriös zu vergleichen, das gilt insbesondere für Persönlichkeits-Faktoren wie Verkaufs- oder Verhandlungskompetenz. Würde man die Löhne der Männer untereinander vergleichen, würde es auch hier Differenzen geben, weil ein Techniker mit gleicher Ausbildung und Berufserfahrung in einem mittelständischen Betrieb nicht das gleiche verdient wie einer in einem Konzern.
- Kollektivverträge und Gehalts-Schemata in der Wirtschaft sowie Beamtengehälter sind grundsätzlich für beide Geschlechter gleich gestaltet. Die Unterschiede ergeben sich vor allem durch Mehrleistungen, Prämien, Boni, Einstufungen und Beförderungen. Doch diese sind das Wesen einer freien Marktwirtschaft¹²⁹ und weisen in anderen Bereichen wesentliche größere Lücken auf als beim Kriterium

¹²⁹ Siehe zu weiteren Fragen der Diskriminierung: Sardardvar, CoV Studie zur Einkommensverteilung, 2015.

„Geschlecht“, etwa bei Kriterien wie Arbeitseinkommen versus Arbeitslosigkeit oder einem etwaigen Migrationshintergrund.

- Die Mehrzahl der Frauen hat andere Berufswünsche als die Mehrzahl der Männer und wählt daher andere Ausbildungen. Meist geht es um Berufe, die im freien Markt nicht das gleiche Lohnniveau erreichen (Sozialberuf versus technischer Beruf). Die jahrzehntelangen und teuren Bestrebungen der Politik, mehr Frauen in MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) zu bringen, haben nicht annähernd den gewünschten Erfolg gebracht. Sie haben allerdings den Druck auf Eltern und Jugendliche erhöht, nicht ihren Neigungen, sondern den neuen Normen zu folgen.
- Frauen wählen eher Arbeitsplätze nahe dem Wohnort und oft in Teilzeit. Sie akzeptieren dadurch oft niedriger bewertete Jobs und wählen Karrierewege, die nicht alle persönlichen und zeitlichen Ressourcen binden, um ihre Betreuungswünsche oder -pflichten leichter erfüllen zu können und/oder mehr Lebensqualität zu erhalten. Die meisten Frauen (und zunehmend auch Männer) mit kleinen Kindern würden gerne mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen bzw. ihre alten oder kranken Verwandten zumindest teilweise selbst betreuen, wenn es die finanzielle Lage sowie Absicherung und Pensionsvorsorge zuließen. Gerade in dieser Frage liefern Studien unterschiedliche Ergebnisse, abhängig davon, ob in die Fragestellung der finanzielle Aspekt einbezogen wurde.
- Weitgehend unerforscht und in den Medien kaum kommuniziert ist der Umstand, dass in Doppelverdiener-Haushalten externe Hilfskräfte beschäftigt werden, von der Reinigungskraft über die Kinderbetreuung bis zur Nachhilfe. Da auch der Einsatz von Großeltern immer weniger möglich ist, weil diese selbst noch berufstätig sind oder an anderen Orten wohnen, nehmen vor allem besserverdienende Familien diese Dienstleistungen in Anspruch. Die entsprechenden Arbeitskräfte werden jedoch in vielen Fällen nicht regulär beschäftigt. Es entsteht auf diese Weise ein nicht quantifizierter und nicht thematisierter Bereich zwischen Schwarzarbeit und Prekariat, in dem vor allem Frauen mit Migrationshintergrund arbeiten. Die steigende

Erwerbstätigkeit von hoch qualifizierten Frauen erzeugt somit gleichzeitig einen problematischen Arbeitsmarkt für geringqualifizierte Frauen.¹³⁰

- Ebenso findet man wenig Material zur tatsächlichen individuellen und institutionellen Umverteilung von Männern zu Frauen. Bedingt durch das größere Volumen der Erwerbsarbeit und den höheren Anteil in den oberen Einkommensegmenten leisten Männer auch einen größeren Teil an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Über Sozialleistungen (Mitversicherung etc.) und längere Pensionsnutzung wird dieser zu den Frauen hin umverteilt. Statistiken über das Ausmaß des monetären Transfers von Männern zu Frauen sind aufgrund der Datenlage nicht zu erstellen. Eine weitere Umverteilung erfolgt durch die Alimentation bei Trennungen. Hier wird vor allem dazu geforscht, wie viel der Staat bevorschussen muss, weil Männer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Auch die Armutsgefährdung von AlleinerzieherInnen ist ein häufig untersuchtes Thema. Wenige Studien gibt es darüber, wie hoch das Volumen der Alimentationen von Frauen durch Männer ist.

Konsequenzen

Untersucht werden sollte auch, inwieweit allgemeine gesellschaftliche Probleme unserer Zeit wie die Zunahme stressbedingter Krankheiten, niedrige Geburten- und hohe Scheidungsraten sowie die Verhaltens- und Suchtprobleme von Kindern und Jugendlichen auf unpassende Reaktionen der Politik auf die Veränderung des Rollenverständnisses der Geschlechter zurückzuführen sind. Evident ist, dass die Regelungen *beiden* Geschlechtern nicht das angestrebte Mehr an Freiheit und Lebensqualität gebracht, sondern diese reell reduziert haben. Das von der Politik propagierte Halbe-Halbe-Prinzip, also Erwerbsarbeit und Familienarbeit (Care) jeweils zu 50:50 zwischen den Partnern aufzuteilen, ist in der Praxis sukzessive zu einem „100:100“ mutiert: Die Erwerbsarbeitszeit einer Familie (zwei Personen im erwerbsfähigen Alter mit betreuungsbedürftigen Kindern) hat sich von etwa 50 Stunden in den 1960er Jahren auf heute 70 Stunden erhöht. Und der Trend setzt sich fort, da die angestrebte Idealvorstellung zwei vollzeitarbeitende Elternteile sind – das ergibt 80 bis 90 Stunden Erwerbsarbeitszeit. Abgesehen vom mangelnden Angebot an entsprechenden Arbeitsplätzen besteht der Anspruch, möglichst viel „Qualitätszeit“ mit den Kindern zu verbringen, die Familie gesund zu ernähren, Sport zu betreiben, sich ehrenamtlich und

¹³⁰ Vgl. Hamann, Sibylle: Saubere Dienste, 2012

politisch zu engagieren, die Hausarbeit persönlich zu erledigen und vieles mehr. Das hat die oft kritisierte Doppelbelastung für Frauen nicht reduziert, sondern vielmehr nun auch für Männer zur Norm erhoben.

Dieses Lebensmodell ist unter den erwünschten Qualitätsstandards nicht realisierbar. Menschen, die diese Forderungen internalisieren, leiden unter Gefühlen der Unzulänglichkeit und unter Versagensängsten, da eben nicht alle Bereiche gleichermaßen bedient werden können. Die Anforderungen im Beruf sind hoch. Die Betreuung von Kindern oder älteren Menschen ist keineswegs nur eine Frage der „Organisation“, sondern vor allem eine Frage der zur Verfügung stehenden Zeit und Energie. Ein realistisches „Halbe-halbe“ würde bedeuten, dass die Erwerbsarbeitszeit deutlich reduziert und der Ausgleich für Care-Arbeit deutlich erhöht werden müsste, um Frau und Mann ausreichend Zeit für die Familienarbeit zu schaffen.

Die derzeitige Politik bietet nur eindimensionale Lösungen an, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und die Unabhängigkeit von Frauen (bei Scheidungen, bei Pensionen etc.) zu ermöglichen:

- Erwerbstätigkeit und Einkommen der Frauen erhöhen und gleichzeitig ihre Betreuungspflichten reduzieren:
- mehr Frauen in die Erwerbsarbeit bringen
- mehr Männer zur Familienarbeit bringen, Bewusstseinsbildung fördern („ganze Männer machen halbe-halbe“), Verzicht auf Überstunden und Bereitschaft zur Teilzeitarbeit gesellschaftsfähig machen
- Berufswahl verändern: Frauen in MINT-Berufe, Männer in Sozialberufe
- Positionen durch positive Diskriminierung besetzen (bei gleicher Qualifikation die Frau bevorzugen)
- verpflichtende Transparenz der Entlohnungssysteme in Unternehmen etablieren (um bessere Grundlagen für Gehaltsverhandlungen zu schaffen)
- verpflichtende Quoten für Top-Positionen im öffentlichen Dienst, in staatsnahen und börsennotierten Unternehmen sowie in Parteien und politischen Ämtern (Aufsichtsrat, Vorstand, Kandidatenlisten, Abgeordnete etc.)
- Pensionsantritt angleichen (Frauen derzeit 60 Jahre, Männer 65 Jahre)
- Arbeitszeiten von Teilzeit zu Vollzeit erhöhen

- Auszeiten durch Betreuung verringern
 - durch Bewusstseinsbildung und Sorge um Nachteile im Job
 - durch eine Staffelung des Kinderbetreuungsgeldes, die die kurze Auszeit attraktiver macht und den Vater einbezieht, sowie Papamonat etc.
- Kinderbetreuungseinrichtungen ausbauen: Fremdbetreuung ab sechs Monaten, Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab einem Jahr, längere Öffnungszeiten, ganztägige Schulformen, steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten
- Pflegebetreuung ausbauen: mobil und stationär, 24-Stunden-Pflege, Pflegegeld
- Frauenförderung ausbauen: Forschung als Grundlage, Weiterbildung, Höherqualifizierung, Firmengründung
- Gleichstellung umsetzen durch Frauenbeauftragte und Gleichstellungsbeauftragte

Diese Maßnahmen gehen alle in eine Richtung: Sie bauen ausschließlich auf dem Prinzip der Steigerung der Erwerbstätigkeit und der Reduzierung der Familienarbeit der Frauen einerseits und der Reduzierung der Erwerbstätigkeit und Steigerung der Familienarbeit der Männer andererseits auf. Und zwar bei gleichzeitigem Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kinder und betagte bzw. kranke oder behinderte Menschen. Modelle, die ein anderes Gesellschaftsbild fördern, werden von den ProtagonistInnen dieser Politik als frauenfeindlich kritisiert oder schon im Keim erstickt (konservatives Familienbild, „Herdprämie“, „Müttergehalt“ etc.).

Dieses Konzept der *Gleichstellung* stößt allerdings nicht auf die erwünschte Umsetzungsbereitschaft bei der Bevölkerung, weil viele Menschen erkennen, dass sie als Familie davon vor allem Nachteile zu erwarten haben. Sobald diese Maßnahmen greifen, würde die Statistik zwar eine größere Gleichverteilung der Einkommen und der Familienarbeitszeiten ausweisen, doch in den meisten Fällen weder das Familieneinkommen insgesamt noch die Lebensqualität erhöhen. Es würden sich zwar sowohl die Toppositionen als auch die Altersarmut gleichmäßiger auf Frauen und Männer verteilen, doch insgesamt würde sich keine Verbesserung ergeben. Zudem empfinden viele Menschen die genannten Regelungen als willkürlichen Eingriff in ihre persönlichen Lebensentwürfe und als Einschränkung ihrer Wahlfreiheit. Und all das nur, um der Ideologie der *quantitativen Gleichheit* Genüge zu tun.

Ausblick

In dem zurzeit herrschenden konkurrenzorientierten Wirtschaftssystem werden auch dringliche Appelle an die Unternehmen, Frauen besser zu bezahlen und an Toppositionen zu befördern, wenig Wirkung zeigen. Es werden gesetzliche Regelungen (wie beispielsweise das Gehaltstransparenzgesetz) durch andere Formen der Abgeltung (Incentives wie Dienstauto, Sonderleistungen etc.) umgangen werden. Es erscheint nahezu naiv, mit welcher Konsequenz die derzeitige Frauenpolitik die Realität der Machtverhältnisse verleugnet: Ein finanzgetriebenes kapitalistisches System lässt sich nicht durch moralische Appelle und Vorwürfe von seinen Wettbewerbsvorteilen abbringen, wenn dies nicht einmal Gesetze zustande bringen. Um mehr Gleichheit bei Gehältern, Lebensstandard und Lebensqualität zu erzielen, müsste das gesamte System grundlegend verändert werden. Die Schere zwischen Arm und Reich erzeugt eine wesentlich größere Spaltung und Gefährdung des sozialen Friedens als die Geschlechterfrage, trotz aller Provokation. Die Geschlechterfrage eignet sich jedoch aufgrund genau dieser Ungefährlichkeit für das System und die breite Konsensfähigkeit sehr gut dazu, die soziale Frage aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein zu verdrängen.

Auch die Strategien der Frauenförderung sind ambivalent. Während auf der einen Seite der Eindruck vermittelt wird, gesetzliche Regelungen wie die Frauenquote könnten grundsätzliche Verbesserungen erzielen, wird andererseits an die Selbstverantwortung des Individuums appelliert: Manche ExpertInnen empfehlen den Frauen, sie mögen ihre „weiblichen“ (gemeint sind soziale, empathische, kommunikative – und erotische) Eigenschaften und Verhaltensweisen für ihren Erfolg einsetzen. Die Wirtschaft würde Frauen genau deswegen benötigen, denn sowohl die Unternehmen als auch die Gesellschaft insgesamt würden dadurch menschlicher werden. Diese Empfehlungen stellen den impliziten Anspruch, Frauen sollten – und könnten – allein schon durch ihren persönlichen Einsatz an ihrem Arbeitsplatz das Gesamtsystem verändern. Dass diese Strategie der Systemlogik folgend zum Scheitern führen muss, wird jedoch in den meisten Fällen nicht erkannt, sondern als persönliches Versagen erlebt.

Andere ExpertInnen raten Frauen dazu, die Erfolgsstrategien der Männer stärker zu imitieren, um in männlich geprägten Strukturen zu reüssieren. Förderprogramme schulen Frauen in Selbstbewusstsein, Auftreten, Verhandlungs- und Konflikttechniken. Frauen, die an besserer Entlohnung und Karriere interessiert sind, sollten die Spielregeln des herrschenden konkurrenzorientierten Systems kennen und sich dementsprechend verhalten.

Dieser Ansatz erscheint der weitaus realistischere zu sein, denn er befreit die Frauen von einer doppelten Anforderung: erfolgreich zu sein und zugleich einen frauenpolitischen oder gesellschaftspolitischen Auftrag erfüllen zu müssen.

Eine Änderung der Gesellschaft kann unter den heutigen Bedingungen der Demokratie und der Mediendominanz nicht mehr vom Individuum an seinem Arbeitsplatz oder in der Familie betrieben werden. Der Satz „das Private ist politisch“, ein Leitspruch der Frauenbewegung der 1970er Jahre, hat heute keine Gültigkeit mehr. Das Private kann aufgrund der Vereinzelung und der Fragmentierung der Gesellschaft keine politische Kraft mehr entwickeln. Deshalb wird der Rückzug ins Privatleben auch als neues Biedermeier bezeichnet. Um Gesellschaftssysteme zu ändern, bedarf es wesentlich stärkerer kollektiver Anstrengungen – nicht nur der Frauen(bewegung), sondern beider Geschlechter.

Die Möglichkeiten für politische Gestaltung sind jedoch eingeschränkt. Es ist demokratiepolitisch bedenklich, dass die politischen Parteien im deutschsprachigen Raum trotz *unterschiedlicher* Weltanschauungen in der Geschlechter- und Familienpolitik die *gleiche* Ideologie vertreten. Auch konservative (und nicht nur mehr sozialdemokratische, grüne und linke) Parteien vertreten (mit kleinen Abweichungen) die gleichen Forderungen:

- die Vollzeiterwerbstätigkeit für beide Geschlechter
- die Marginalisierung der Familienarbeit, die Frauen wie Männer (wie die Kindererziehung auch) neben dem Beruf erledigen sollen
- Egalitätsfeminismus (nicht Gleichberechtigung, sondern quantitative Gleichheit)
- Maßnahmen zur Umsetzung der Gleichstellung
- eine einseitige Interpretation des Patriarchatsbegriffes (macht Männer zu Tätern und Frauen zu Opfern)
- eine Nicht-Hinterfragung der Höhe der Geschlechter-Lohnlücke
- eine Befürwortung der Quoten für Top-Positionen
- eine frühe Fremdbetreuung der Kinder
- eine institutionelle Betreuung der Betagten
- eine Auflösung der heterosexuellen Dominanz bei rechtlicher Gleichstellung von homosexuellen Beziehungen in allen Bereichen (Adoption etc.)
- eine Eigenverantwortung der Männer bei der Lösung ihrer Probleme
- eine überproportionale Förderung der Frauen

Diese mangelnde parteipolitische Differenzierung stellt immer mehr Menschen – die sich in vielen anderen Fragen einer Partei zugeneigt sehen, deren Geschlechterpolitik jedoch nicht mittragen können und wollen – vor ein Dilemma. Sie vermissen einen offenen Diskurs, ein breiteres Meinungsspektrum und vor allem eine Reflexion darüber, inwieweit die gegenwärtig hegemoniale, einseitige Geschlechterpolitik von der *sozialen Frage* ablenkt und damit eigentlich dem neoliberalen Wirtschaftssystem dient.

Themen, die breit diskutiert werden sollten:

- Wie kann man die Arbeit besser auf mehr Menschen verteilen und den Produktivitätszuwachs an die ArbeitnehmerInnen weitergeben?
Beispielsweise durch deutliche Lohnerhöhungen und eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung (auf 30 Wochenstunden) bei vollem Lohnausgleich – zumindest für Menschen mit Versorgungspflichten. Dies anstelle von Teilzeitarbeit, die zum Überleben nicht ausreicht bzw. keinen Wohlstandszuwachs ermöglicht.
- Wie kann man der steigenden Armutsgefährdung begegnen und eine Gegenmacht zur Macht des Kapitals aufbauen?
Beispielsweise durch eine existenzsichernde Grundversorgung (bedingungsloses Grundeinkommen) für alle Menschen, unabhängig von einer Erwerbsarbeit, denn die Zeiten der Vollbeschäftigung scheinen grundsätzlich vorbei zu sein. Durch diese Absicherung würde sich die Diskussion um geschlechterspezifische Nachteile durch Betreuungsaufgaben („Müttergeld“) etc. erübrigen.
- Wie kann man den rasant wachsenden Stress und seine gesundheitlichen und sozialen Folgen reduzieren (Entwicklung von Kindern, Volksgesundheit etc.)?
Beispielsweise durch eine Renaissance der *persönlichen* Beziehungen – ob in traditionellen Familienverbänden oder in Wahlverwandtschaften. Menschliche Zuwendung braucht Kontinuität, Zeit und Kraft und kann durch Professionalität und Organisation nicht substituiert werden. Zudem stößt der weitere Ausbau von Betreuungseinrichtungen an die Grenzen der Finanzierbarkeit.
- Wie kann man Gewaltprävention und Schutz für beide Geschlechter gleichermaßen umsetzen?
- Wie kann man die Probleme der Männer gleichberechtigt und respektvoll in der Öffentlichkeit präsentieren und diskutieren?

Beispielsweise durch eine stärkere Einbindung der MännerrechtsaktivistInnen, die in den letzten Jahren eine Menge an Material und Überlegungen gesammelt haben, oder durch eine gerechtere Verteilung der Ressourcen und eine Ausweitung des wissenschaftlichen Interesses auch auf Männerfragen.

- Wie kann man die Arbeitsbedingungen für alle verbessern?
Geschlechtergerechtigkeit soll nicht bedeuten, dass Frauen nun den gleichen, physisch wie psychisch oft krankmachenden Arbeitsbedingungen unterworfen werden, denen Männer ausgesetzt sind.

Die Geschlechterpolitik ist zurzeit eindimensional. Um ihr aber das nötige Gewicht zu verleihen und wieder mehr Menschen dafür zu interessieren, sind dringend Alternativen notwendig. Dadurch würde auch die Instrumentalisierung der Frauenfrage zur Verdrängung der Sozialen Frage durchbrochen werden. Anstatt die Nachteile der bisherigen Aufteilung der Lebensbereiche auf alle auszuweiten, sollte es ein Anliegen der Politik sein, die beruflichen und privaten Lebenswelten *beider* Geschlechter in ihrem Wandel nicht nur nachzuvollziehen, sondern vorausschauend zu handeln und nachhaltig zu verbessern.

Dazu würde sich das Konzept des Gender Mainstreaming bestens eignen. Dies allerdings nur, wenn es auf seine ursprüngliche Intention – alle politischen Entscheidungen auf ihre Relevanz für *beide* Geschlechter zu *prüfen*, anstatt *quantitative Gleichstellung* zu *verordnen* – zurückgeführt wird. Dazu wäre auch ein neuer Name zu empfehlen, weil der Gender-Begriff in die Kampflinien geraten und negativ besetzt ist. Von den Lösungen der oben genannten Probleme würden wesentlich mehr Menschen profitieren als von einigen weiblichen Aufsichtsräten, die in profitmaximierenden Konzernen dieselben Entscheidungen treffen müssen, wie ihre männlichen Kollegen.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Geschlechterrollen keine „natürliche“ und daher vorgegebene Form haben, auch wenn im Differenzfeminismus und bei neueren Strömungen der Neurowissenschaften Bezüge zur Biologie hergestellt und Vergleiche mit den Säugetieren gezogen werden. Analysen der historischen Entwicklung sowie interkulturelle Vergleiche zeigen, dass der Mensch gerade in seinen sozialen Beziehungen und der Organisation der Machtverhältnisse über eine nahezu unbegrenzte Gestaltungsmöglichkeit verfügt. Die biologischen und anatomischen Unterschiede stellen Voraussetzungen zur Verfügung, die durch Sozialisation und gesellschaftliche Normen überformt werden. Ob die Veränderungen durch Impulse aus der Philosophie, den Religionen und politischen Ideologien

kommen oder aufgrund von Veränderungen der klimatischen und ökologischen Bedingungen sowie der Bevölkerungsdichte entstehen, wird auch in der Wissenschaft kontrovers bestimmt (das Sein das Bewusstsein oder umgekehrt?) diskutiert. Jedenfalls sind die messbaren Veränderungen der Ressourcen einer Gesellschaft als Auslöser für die Gestaltung der Geschlechterrollen nicht zu unterschätzen. Die letzte – in dieser Studie abgehandelte – Phase der Entwicklung von einer *komplementären* zu einer *egalitären* Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern wurde jedenfalls durch die industrielle Revolution ausgelöst und ermöglicht. Erst der Einsatz der Technik, die Entwicklung des Rechtsstaates sowie die Fortschritte in der Medizin (Geburtenkontrolle) schufen in den Industrieländern für beide Geschlechter die Voraussetzungen für neue Lebensentwürfe.

Man könnte spekulieren, ob die aktuelle Tendenz der Auflösung der Heteronormativität in die Wahlmöglichkeit des Geschlechts (inklusive der körperlichen Gegebenheiten durch Operationen und Hormonbehandlungen) sowie die Auslagerung der Reproduktion in die Medizintechnik durch die Verschärfung des Kapitalismus mit seiner aggressiven Suche nach neuen Märkten ausgelöst wurde. Denn ebenso wie dieses Wirtschaftssystem basieren auch die genannten Vorstellungen auf dem Paradigma der Grenzenlosigkeit und des Allmachtdenkens. Diese Erkenntnisse und Experimente verfolgen zwar das Ziel, Frauen und Männer auch noch von den Resten der Rollenzwänge zu befreien, wenig bedacht und diskutiert werden allerdings die Fragen der persönlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen. Dies dürfte man – wie auch alle anderen gesellschaftlichen Fragen – gerade nicht dem Markt überlassen, es handelt sich vielmehr um die vordringlichste Aufgabe der Politik. In einer Demokratie kann daher die Ausrede „da kann ich nichts machen“ nicht gelten. Wir können und sollen mitüberlegen und mitentscheiden, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

Abschließend bleibt die Frage, ob wir es uns leisten können, bei all den dringend anstehenden Problemen eine zusätzliche Front zwischen den Geschlechtern zuzulassen und der Vereinnahmung der Frauenpolitik durch den Neoliberalismus tatenlos zuzusehen. Der überdimensionierte Fokus auf Frauenfragen und Frauenförderung ist politisch auf Dauer nicht zu halten, weil immer mehr Menschen sich politisch und rechtlich gegen diese Art der Ungleichheit wehren werden. Den politischen AkteurInnen sollte bewusst sein, dass Frauen und Männer sich immer noch mehrheitlich in Paaren organisieren und dass die Erreichung von quantitativer Gleichheit bei gleichzeitiger Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen für sie nicht erstrebenswert ist. Solidarität verläuft nicht innerhalb der Geschlechter, sondern

innerhalb der sozialen Schichten: Die Frau des Generaldirektors findet eben wesentlich mehr Gemeinsamkeiten mit ihrem Mann als mit ihrer weiblichen Reinigungskraft. Die großen Herausforderungen unserer Zeit verlaufen nicht in erster Linie entlang der Geschlechtergrenzen, sondern entlang der immer größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich. Anstatt uns in einen aufreibenden Geschlechterkampf verwickeln zu lassen, werden wir alle Kräfte bündeln müssen, um die Angriffe des finanzgetriebenen Wirtschaftssystems auf die sozialen Errungenschaften und die Demokratie abzuwehren.

Über den Autor

Johannes Meiners (Jg. 1986) studierte Politische Wissenschaften, Neuere/Neueste Geschichte und Medienrecht an der Ludwig-Maximilians-Universität zu München sowie an der Königlichen Universität Kopenhagen.

Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Geschlechterverhältnis sowie der normativen Kritik an der gegenwärtigen Geschlechterpolitik mit dem Fokus auf Lebenslagen von Männern (bspw. 2015 für die Männerpartei Österreichs zum Thema „Quoten und ihre Wirkungen“).

Mitglied von Mandat e. V., Agens e. V. und Forum Soziale Inklusion e.V. Regelmäßige Publikationen u. a. auf den Webseiten „cuncti.net“ sowie „man tau“. Co-Ressortleiter Politisches Feuilleton beim Onlinemagazin /e-politik.de/.

Impressum

Diese Studie wurde über den CLUB OF VIENNA (CoV) mit Fördermitteln der Kulturabteilung der Stadt Wien ermöglicht (2014).

Der CLUB OF VIENNA (CoV) ist eine internationale Vereinigung von Einzelpersonen, welche an allgemein relevanten gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen interessiert sind und aufgrund ihrer beruflichen Laufbahn besondere Kompetenz nachweisen können. Er ist parteipolitisch ungebunden und ausschließlich den Beschlüssen seiner Organe verantwortlich. Er bildet mit seinen bislang 24 Mitgliedern einen Zusammenschluss anerkannter WissenschaftlerInnen und ExpertInnen, die zu den unterschiedlichsten Themenbereichen Synthesen aus weit gestreuter Expertise liefern können.

Der CLUB OF VIENNA (CoV) verfolgt das Ziel, wissenschaftliche Erkenntnisse, gesellschaftspolitisch relevante Beobachtungen, ökonomisch und ökologisch übergreifende Fragen, welche für die Gesellschaft insgesamt von langfristiger Bedeutung sind, aufzugreifen und in einer gesamthaften Weise zu behandeln. Vorrang haben jene Fragen, welche für die Erhaltung der Lebensgrundlagen, des stabilen Zusammenlebens der Menschen, die Erhaltung des Friedens und einer langfristig lebensfähigen Wirtschaft relevant sind. Interdisziplinarität und der evolutionstheoretische Denkansatz schaffen die Voraussetzungen, den Paradigmenwechsel in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft effizient erforschen zu können. Den Sachzwängen der Politik setzt der CoV Forschungsarbeiten mit dem Ziel gegenüber, dem Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft zur Geltung zu verhelfen.

Ehrenamtliche Projektleitung

Christine Bauer-Jelinek, Wirtschaftscoach und Psychotherapeutin, Seminarleiterin und internationale Referentin für Macht-Kompetenz, Gastdozentin an der Donau-Universität Krems, Vorstandsmitglied im Club of Vienna, Sachbuchautorin u.a. Die helle und die dunkle Seite der Macht 2000, Die geheimen Spielregeln der Macht 2007, Der falsche Feind 2012, www.bauer-jelinek.at

Sitz des Vereins

Club of Vienna
Gußhausstraße 30 / 230-1
1040 Wien
Email: sekretariat@clubofvienna.org
Web: www.clubofvienna.org